



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inventionsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Pettschaft 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 84. Mittag-Ansgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 19. Februar 1862.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Wien, 18. Febr.** Nach einem Telegramm aus Turin vom heutigen Tage meldet die „Turiner Zeitung“ aus Rom, daß ein beabsichtigtes Attentat auf den französischen Botschafter, Marquis Lavalette, durch dessen Jäger abgewendet worden sei. Am nächsten Sonnabend würde ein französisches Tribunal über die drei bei dem Attentat Beteiligten das Urtheil fällen. (S. das Morgenbl. d. 3.)

Aus Ragusa wird vom heutigen Tage gemeldet, daß Mahmud Bey mit einem Bataillon türkischer Jäger das Grenz-Jollamt Turina besetzt habe.

**Glückstadt, 17. Febr.** Advokat Lehmann ist freigesprochen, der Fiskus in die Prozeßkosten verurtheilt worden.

**Kiel, 17. Febr.** In Folge der Freisprechung des Advokats Lehmann durch das Obergericht zu Glückstadt herrscht in Kiel große Freude.

**London, 17. Febr.** In der heutigen Sitzung des Unterhauses tadelte Bright die Sendung von Truppen nach Canada. Palmerston verteidigte in seiner Antwort diese Truppenbewegungen und sagte, daß sie zur Aufrechterhaltung der Eore Englands notwendig gewesen seien.

**Paris, 17. Febr.** In dem Abrech-Entwurf des Senats heißt es in Bezug auf Italien: Es sei schmerzhaft zu bedauern, daß jener Conflict die Gewissen beunruhige. Die französische Regierung habe, als sie sich bei den nationalen Forderungen betheiligte, die Interessen des Katholizismus nicht vergessen. Der Kaiser werde mit dem Senate hier die unmöglichen Präsen-tionen, dort die Unerfüllbarkeit des Widerstandes bedauern. Aber des Kaisers Rathschläge seien weise und man müsse fortfahren, zu sagen, daß die größten Werke zu ihrer Begründung der Mäßigung nicht entbehren können und daß die gerechtesten Dinge durch extreme Verweigerung auf Irrwege gerathen.

**Turin, 17. Februar.** In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer drückte La Farina seine Verwunderung über den mit Preußen abgeschlossenen Postvertrag aus. Ricafoli sagte, daß unter den Völkern, welche die meisten Sympathien für Italien zeigen, das preussische sich befinde. Auch die preussische Regierung gebe günstige Gefinnungen kund, denn ihr Repräsentant sei immer in Turin geblieben und der seitens Italiens zur Krönungs-Feier nach Königsberg gesandte Botschafter sei daselbst ehrenvoll aufgenommen worden.

## Preußen.

**Berlin, 18. Febr.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Geh. Commerzienrath Ferdinand Wilhelm Ermeler zu Berlin den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, sowie dem Schullehrer und Organisten Faulborn zu Altengottern St. Trin im Kreise Mählhausen, den Küstern und Schullehrern Heinrich zu Kurtzow im Regierungsbezirk Frankfurt und Johann Gottfried Wille zu Arnstef im Kreise Schweidnitz und dem Schullehrer Koesling zu Schönau im Landkreise Königsberg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der bisherige Kreisrichter Züsting in Wohlau ist zum Rechts-anwalt bei dem Kreisgericht in Jauer und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Jauer ernannt worden.

Der Landgerichts-Referendarius Joseph Hubert Georg Doffe-schall in Düsseldorf ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirk des königl. Appellations-Gerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Se. M. der König haben allergnädigst geruht: den nachbenannten Per-sonen die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: des Großkreuzes des kgl. hannoverschen Guelphen-Ordens: dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg Joh., Seconde-Lieut. im Westfäl. Infanterie-Regt. Nr. 5; des Commandeur-Kreuzes 2. Klasse desselben Ordens: dem Commandeur des Brandenb. Husaren-Regts. (Zieten'sche Husaren) Nr. 3, Obersten und Flügel-Adjutanten Grafen v. d. Groeben; des Ritterkreuzes des hessisch-sachsen-ernestinischen Hausordens: dem Unterrichts-Dirigenten der Central-Turn-Anstalt, Major von der Armee, Rothstein, und des Ritterkreuzes 1. Klasse des bezogl. anhaltischen Guelphen-Ordens Albrechts des Bären: dem Divisions-Auditeur, Justiz-Rath Stetter, von der 7. Di- vision. (St. M.)

**C. K. Berlin, 18. Febr.** Aus keinem der beiden Häuser liegen heute Druckladen vor.

Aus den Motiven des Waldeck'schen Antrages wegen Wiedereinführung der Gemeindeordnung von 1850 ist noch Einiges nachzutragen. In dieser Gemeindeordnung waren folgende Grundzüge aufgestellt: Alle innerhalb der Grenzen des Gemeinde-Bezirks gelegenen Grundstücke und Einwohner des Gemeinde-Bezirks gehörten zur Gemeinde; ein gewählter Gemeinderath, ein von dem Gemeinderath gewählter und vom Könige, beziehungsweise dem Regierungspräsidenten, und bei kleineren Gemeinden von dem Landrath zu befristigter Gemeinde-Vorstand; Selbstverwaltung incl. Ortspolizei und nur bei Veräußerungen von Grundstücken und ihnen gleichstehenden Gerech-tigkeiten erforderliche Genehmigung des Bezirksrathes resp. der Aufsichtsbehörde bei kleineren Gemeinden; Bildung von Sammt-Gemeinden. Bei solchen Gemeinden, welche für sich allein den Zwecken des Gemeinde-Ver-bandes nicht entsprechen; Einspruch der Staatsverwaltungs-Behörde gegen Beschlüsse, welche die Befugnisse des Gemeinderaths überschreiten, die Gesetze oder das Staats-Interesse verletzen, mit einem geordneten Rekurs-Verfahren und Gemeindevorstand-Recht jedes Einwohners, der eigenen Hausstand hat, keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, die Gemeinde-Abgaben bezahlt hat und mindestens zwei Thaler jährlich an direkten Steuern entrichtet, in kleineren Gemeinden (1500 Einwohner und weniger) auch dessen, der ein Grundstück zum Werthe von 100 Thlr. oder ein Haus im Gemeinde-Bezirk besitzt; dabei Dreiklassen-System, öffentliche Wahl, die Hälfte der Gemeinde-Verordneten muß aus Grundbesitzern beste-hen. 2) Die Kreis-Versammlung, 15 bis 40 Abgeordnete, von den Vertretern der Gemeinden gewählt, wählbar, jeder Gemeindevorstand des Kreises, der das dreifache Lebensjahr vollendet, seit mindestens drei Jahren dem Kreise durch Grundbesitz oder Wohnsitz angehört hat, und einen jährlichen Klassensteuerbetrag von 8 Thlr. zahlt, oder in den mahl- und schlagfristver-schäftigten Ostschaffen einen Grundbesitz im Werthe von mindestens 5000 Thlr., oder ein jährliches reines Einkommen von 500 Thlr. nachweist; die Hälfte muß aus Grundbesitzern bestehen; gewählter Vorsteher, Dauer 6 Jahre, mit je alle 2 Jahre ausscheidendem Drittel; Ge-nehmigung der Minister des Innern und der Finanzen, sowie des Bezirks-Raths bei längerem Beitragsbefreiungen und resp. Anleihen notwendig; Kreisassessor, aus dem Landrath und vier gewählten Mitgliedern bestehend. — 3) Der Bezirksrath, aus dem Regierungs-Präsidenten und vier von der Provinzial-Versammlung, aus drei von den Kreis-Abgeordneten für jedes Mitglied zu wählenden Candidaten, bestehend, hat Rechte in Betreff der Ge-meinden, und begutachtet ihm vom Regierungs-Präsidenten vorgelegte Fra-gen. — Endlich: Provinzial-Versammlung, gewählt durch die Kreis-tags-Abgeordneten, für jeden Kreis ein Abgeordneter, und wenn er 60,000 Seelen hat, zwei, für jede fernere Volkszahl von 50,000 Seelen tritt noch ein Abgeordneter hinzu; Dauer 6 Jahre, mit Ausschneiden der Hälfte alle drei Jahre; wählbar jeder Gemeindevorstand, der das 30. Lebensjahr vollendet, und mindestens seit drei Jahren seinem Kreise durch Wohnsitz oder Grundbesitz angehört hat.

„Der bloße Ueberblick dieses Gesamtbildes (fährt der Antragsteller fort), in welchem der Bezirksrath allenfalls fehlen könnte, wird die Ueberzeugung geben, daß es auf einfacher, unseren Zuständen angemessenen Grundlage ruht, und die seit 1810 schon außer aller Berechtigung dastehende Scheidung der Staatsbürger in Ritter, Bürger und Bauern, die Scheidung von Stadt und Land, während die Gewerbe längst auf das Land gerückt sind, die Scheidung gewisser größerer Güter vom Gemeinde-Verbande und deren besondere Berechtigung beim Kreis- und Provinzial-Verbande, daß diese Scheidungen, welche durch die Provinzial- und Kreisverordnungen seit 1820 von den

Todten erweckt wurden und so viel Schaden angerichtet haben, gründlich be-seitigt worden sind. Daß solche Gesetze auf Widerstand Derjenigen stießen, welche bei Aufrechterhaltung der feudalen alten Zustände interessiert sind, liegt in der Natur der Sache. Da nun diese Partei gerade in dem Minister des Innern v. Westphalen ihren entschiedensten Ausdruck fand, so begreift sich, daß in solchen Händen und unter der steten Abneigung der meisten Land-räthe die Einführung der Gemeinde-Ordnung mit bleiernem Schritte ge-schah, ja gar bald suspendirt wurde. Solche Erfahrungen beweisen nichts gegen die Tauglichkeit des Gesetzes. Zahlreiche Petitionen beweisen aber, wie sehr von Allen, deren persönliches Interesse nicht verletzt wurde, und auch von manchen Anderen die Wohlthaten des Gesetzes erkannt, und die ab-schließlichen Fehler in der Ausführung hervorgehoben wurden. Insbesondere ist vielfach der Hauptpunkt ins Licht gestellt, daß ein gesundes Verhältnis unter den einzelnen Landbewohnern nicht eher hergestellt werden kann, als bis die verfassungswidrigen Rechte der Besitzer größerer Güter aufgehört haben. Der berechnete, naturgemäße Einfluß wird ihnen dadurch nicht ent-zogen, vielmehr gesichert. Dazu kommt, daß die Festhaltung der Trennung von Stadt und Land in den Gemeinde-Einrichtungen, die Festhaltung der Aussonderung großer Güter vom Gemeinde-Verbande auch auf dem politi-schen Gebiete das alte ständische Prinzip der Vertretung, der hohlen Schei-dung von Ritter, Bürger, Bauer vorbereitet und nach der erklärten Absicht der feudalen Partei auch anbahnen soll. Sodann kommt der für den Ver-kehr und für die gleichmäßige Entwicklung des öffentlichen Lebens so hoch-wichtige Vortheil in Betracht, daß in einer weitestlich homogenen Bevölke-rung auch daselbst Communal-Gesetz gilt. Haben dies andere, deutsche wie nicht deutsche Staaten erreicht, wie sollten wir, die wir zur Hegemonie in Deutschland berufen sind, uns das Armuthszeugnis geben, daß wir dazu nicht reif seien, daß wir mittelalterliche Institutionen conserviren müssen.“

Weiter werden die Vorgänge von 1851 bis 1856 auf dem Gebiete der Gemeindebegehrung besprochen, und die „ehrendvolle“ Opposition der libe-ralen Partei (v. Auerswald, v. Patow, Lette, v. Sönger, v. Sauten, v. Winde, Harfort, auch Osterrath und Reichensperger) erwähnt. „Seit 1859 durfte man nun hoffen, daß das liberale Ministerium in diesem allerwichtig-sten Zweige das uns wiedergeben würde, was die Mitglieder desselben früher zu erhalten strebten. Allein das ist nicht geschehen, und der jetzt eingeschal-gene Weg läßt befürchten, daß es auf lange Zeit unterbleiben wird. Denn sollte selbst die Gemeinde-Ordnung von 1850 nicht hergestellt werden, so wäre doch eine Landgemeinde-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen das nächste und dringende Erforderniß gewesen, und das Abgeordnetenhaus, durch zahlreiche Petitionen angeregt, hat dies auch stets, und noch 1861, als das Minus betont und verlangt. Statt dessen ist nur ein Gesetz über die ländliche Polizei vorgelegt, das diese als Annerken des Guts zwar aufhebt, aber bei den unendlichen Schwierigkeiten, welche die getrennte Behandlung der Ortspolizei und der Gemeinde-Ordnung bietet, schwerlich etwas be-friedigendes erreichen, jedenfalls aber den unvollkommenen Zustand der Landgemeinden und die anomale Existenz der von der Gemeinde angeschlos-senen Güter verlängern wird, dessen Abänderung auch noch gar nicht in nächste Aussicht gestellt ist. Die vorgelegte Kreisordnung vereinigt gar die prinzipiellwidrige Scheidung der großen Landgüter von den kleinen und von den Städten in der Kreisvertretung, und, während die Kreisvertretung aus der Gemeindevertretung, wie in dem Gesetz vom 11. März 1850 bestimmt ist, hervorgehen muß, ordnet sie die Kreisvertretung, ehe in dem Haupttheile der Monarchie die Gemeindevertretung geordnet ist. Die gleichzeitig jetzt vorge-legte Umarbeitung der Städteordnungen zu einer allgemeinen Städteordnung und die Vorgelegte einer Landgemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz giebt nur um so mehr Gewißheit dafür, daß ein Definitivum auf einem dem Westphalen-schen System durchaus entsprechenden Wege erreicht werden soll.“ Schon „eine einfache Wiederherstellung“ der Gemeindeordnung“ von 1850 wäre eine Fort-schritt. Nichts hindert aber, dem Wahlsystem, oder sonst, solche Verbesserun-gen einzufügen, wie man sie überhaupt in den Gemeinde-Ordnungen zu ge-ben geneigt ist. Dies ist in dem vorgelegten Gesetz-Entwurf versucht, und diese Form hat außer der Einfachheit besonders auch das für sich, daß sie den Charakter dieser großen Maßregel, die Wiederherstellung des während einer traurigen Zeit dem Lande abhanden gekommenen organischen Gesetzes-tares ausdrückt. Die Regierungs-Entwürfe von Städte-Ordnungen und Land-gemeinde-Ordnungen können daneben ihren Gang in der Beratung gehen, da ja ohnehin nicht würde verfräht werden können. Die Verbesserungen, welche diese Entwürfe enthalten, wären dann anzunehmen als ein Palliativ-mittel bis zu dem Zeitpunkte, wo die Gemeinde-Kreis-Ordnung ins Leben tritt, und event. für den Fall, daß die Initiative, welche das Haus durch die Annahme des hier vorgelegten Gesetzes ergreift, bei den anderen Factoren der Gesetzgebung scheitert.“ — Nach einer eingehenden Polemik gegen „das anomale Institut der Gutsbesitzer“ wird schließlich als besonders dringend bezeichnet: „den nicht mehr haltbaren Unterschied zwischen Stadt und Land, den auf dem polit. Ge-biete gerade den Städten, sofern sie die liberale Idee vertreten, so nachtheil-ig ist, als hinweggeräumt auszusprechen, da in der That ein Grund der Abweichung in den Normen der Gemeinde-Verwaltung, welche eine Ge-meinde-Ordnung giebt, nicht vorhanden ist. Eine Vorliebe für den Namen „Städte-Ordnung“ hat keinen Grund in der Sache. Stein gab die Städte-Ordnung, weil er bei den damaligen Verhältnissen die Gemeinde-Ordnung, welche auch er erstrebt, nicht geben konnte. Der wesentlichste und wichtigste Zweck der ganzen Wiederherstellungs-Maßregel liegt endlich außer der gleich-mäßigen Ordnung des Gemeindegewesens in der gleichzeitigen Wiederherstel-lung der in der Reaktionszeit beseitigten, auf richtigen Grundlagen beruhenden Kreis- und Provinzial-Ordnung, mit Hinwegräumung der auf pseudo-feudaler Grundlage ruhenden Kreis- und Provinzial-Stände, deren recht-liche Existenz in manchen Beziehungen sogar bestritten ist. Solche Fragen fordern baldige Lösung.“

**\*\* Berlin, 18. Febr.** [Vertrauliche Depeschen Graf Bernstorff's. — Hinzutritt Sachsen-Meinings's zur Coalition. — Fagelski. — Die „Voss. Ztg.“] Wie der „Befersztg.“ von hier mitgetheilt wird, soll Graf Bernstorff in Ver-anlassung seiner Antwort an Oesterreich und die Würzburger an die preussischen Gesandten vertrauliche Depeschen gerichtet haben, in denen einige genauere Aufschlüsse über das Verhalten der einzelnen Höfe bei diesem Zwischenfall in der Geschichte der deutschen Frage gegeben seien. Zugleich seien sie darauf aufmerksam gemacht, daß der auffallende Schritt der würzburger Regierungen für die Reformfrage selbst ganz unsprechbar sein werde, indem die Verschiedenheit der prinzipiellen Auffassung, abgesehen von der Schroffheit gegen die preussische Regierung sich so groß zeige, daß von der Fortsetzung eines Schriftwechsels über die in Anregung gebrachte Angelegen-heit nicht die Rede sein könne. Den Gesandten wird nach-gewiesen, daß der Vorschlag einer Basis beaufs der Verhandlungen gar nicht ernstlich gemeint sein konnte. Demnach halte es Preußen seiner Würde nicht für angemessen, sich an Conferenzen zu betheiligen, von denen Jedermann wisse, daß sie nur zu einer Anhäu-fung von schätzenswerthem Material beitragen würden, und denen man in der öffentlichen Meinung keinen andern Zweck als den eines diplomatischen Temporisirens zuschreiben würde. Uebrigens habe Preußen den betreffenden Regierungen zu verstehen ge-geben, daß das Ausland als Motiv dieser Demonstration nur zurück-gehaltenen Groll und Mißtrauen erkennen würde, daß man vor-demselben dadurch das gemeinsame deutsche Interesse herabwürdigte, und daß in den identischen Noten erkennbar sei, daß die Abwen-der auf die Stellung Deutschlands zum Ausland gar keine Rücksicht genommen hätten. — Die Zuverlässigkeit dieser Angaben müssen wir dahingestellt sein lassen. — Die herzoglich sachsen-meiningsche Re-gierung hat, der „Leipz. Ztg.“ zufolge, nachträglich die bekannte identische Note der hiesigen Regierung gleichfalls übermacht. Das finden wir ganz in der Ordnung, und wir würden uns bloß wundern,

wenn es nicht geschehen wäre; es ist ja dort ein Patriot der „Kreuz-zeitung“ Minister. — Die Anklage gegen den posener Redacteur Za-gielski wegen Aufreizung zum Hochverrath soll am 1. März vor dem Staatsgerichtshof im großen Sitzungssaale der Criminal-Abtheilung des Kammergerichts zur Verhandlung kommen. Die Vertheidigung des Angeklagten hat, wie schon erwähnt, der Rechtsanwalt Lewald über-nommen. — Von der „Voss. Ztg.“ ist in Folge eines Unfalles beim Dampfessel heute nur ein halber, Annoncen enthaltender, Bogen er-schienen.

**Berlin, 18. Febr.** [Vom Hofe.] Se. Maj. der König nahmen heute die Vorträge des General-Lieutenants General-Adjutan-ten Freiherrn v. Manteuffel, des Staatsministers Grafen v. Bernstorff und des Geheimen Regierungs-Raths v. Winter entgegen. — Ihre kaiserliche Hoheit die Frau Großfürstin Konstantin, ist heute Vormittag 10 1/2 Uhr auf der Niederschlesischen Bahn nebst Höchster Tochter und Gefolge mittelst Extrazuges nach St. Petersburg weiter gereist, und wird auf dieser Reise in Bromberg, Königsberg, Rowno und an noch zwei anderen Orten übernächigen. — Gestern fand bei Sr. Excellenz dem Finanzminister Freiherrn v. Patow und Frau v. Patow die zweite Solree statt. Ihre königl. Hoheiten der Prinz Georg und die Frau Landgräfin von Hessen-Philippsthal-Barchfeld beehrten das glänzende Fest mit ihrer Gegenwart. Das Ministerium, das diplomatische Corps und die beiden Häuser des Landtages waren zahlreich vertreten. Der Tanz dauerte bis nach Mitternacht.

Konstantinopoler Zeitungen bringen die Nachricht vom Tode des Erzbischofs von Samakof (Bulgarien), Bruder des Gesandten der hohen Pforte, Aristarchi Bey. Dieser Prälat war kaum 56 Jahre alt.

**Danzig, 17. Febr.** [Nachrichten aus Siam.] Die „D. Z.“ theilt aus einer ihr heute zugekommenen Correspondenz aus Bangkok (Hauptstadt des Königreichs Siam) vom Bord der „Thetis“ vorläufig folgende Notizen mit: Die „Elbe“ ist am 11. Dezember v. J. von Hongkong in Bangkok angekommen und hat ihre Rückkehr nach Europa am 24. Dezember über Singapore und Cap der guten Hoffnung an-getreten. Am 15. Dezember traf die „Arcona“ auf der Rade von Bangkok ein; der preussische Gesandte, Graf Eulenburg, hat sich nebst Gefolge am 20. Dezember auf zwei Dampfern, die der König von Siam ihm zur Verfügung gestellt, eingeschifft und nach Bangkok begeben. Ueber die Bestimmung der beiden Fregatten, nach Abschluß des Handelsvertrages mit Siam ist noch nichts bekannt. (Nachrichten, welche der „Sp. Z.“ zugegangen sind, melden, der Gesandte wolle nach Abschluß des Vertrages, der am Ende Januar zu erwarten, mit der „Arcona“ und „Thetis“ auch nach Singapore gehen.)

**Halle, 15. Febr.** [Petition.] Die „Magd. Ztg.“ theilt den Inhalt einer Petition hiesiger Einwohner an das Abgeordnetenhaus mit, welche auf Mitwirkung der königlichen Regierung zur Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Anhalt-Desau-Röthen gerichtet ist. — Eine ähnliche Petition war schon in der vorigen Sitzungsperiode ein-gebracht worden.

## Deutschland.

**Karlsruhe, 16. Febr.** [Versammlung des National-Vereins.] Heute hat hier eine von mehr als 700 Mitgliedern be-suchte Versammlung des Nationalvereins stattgefunden. Den Vorsitz führte Herr v. Koch aus Heidelberg. Die Versammlung, an der auch viele Fremde aus den Nachbarstaaten Theil nahmen, sagte fol-gende Beschlüsse: 1. bezüglich der deutschen Frage: „Die heute versammelten Mitglieder und Freunde des deutschen Nationalvereins er-klären gegenüber der von Oesterreich und mehreren deutschen Regierun-gen in Berlin übergebenen gleichlautenden Noten vom 2. Februar d. J.: 1) Indem diese Noten die Verwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat für unzulässig erklären und nur eine sogenannte Reform der bestehenden Bundesverfassung unter Aufrechterhaltung völ-liger Gleichheit und Unabhängigkeit der Einzelstaaten zugehen, stehen sie im Widerspruch nicht nur mit dem geschichtlichen und von allen deutschen Regierungen bereits anerkannten Recht auf nationale Ein-igung, sondern auch mit dem tiefempfundnen Bedürfnisse des deutschen Volkes. 2) Deutschlands innere Wohlfahrt und seine Stellung nach außen kann nicht durch eine mehrgliederige uneinige und darum kraftlose Exekutivgewalt des deutschen Bundes unter Zuziehung von Delegirten der deutschen Ständeversammlungen gefördert und gesichert werden, sondern nur durch eine einheitliche Centralgewalt und ein deut-sches Parlament. 3) Die Versammlung drückt der großherzoglich badischen Regierung ihre wärmste Anerkennung für die großherzigen Gefinnungen aus, welche sie in der Sache des großen deutschen Vaterlandes kundgegeben, und knüpft daran die frohe Erwartung, daß die kräftige Unterstützung der Abgeordneten, so wie des gan-zen badien Volkes, seiner erleuchteten Regierung nicht fehlen wird. 4) Freudig begrüßen wir die Bestrebungen der deutschen Fortschritt-partei in Preußen, und unsere ernste Theilnahme begleitet ihre Ver-treter im Hause der Abgeordneten. Daß ihren Anträgen in der deut-schen und preussischen Sache entsprechende Thaten folgen, fordert ge-bieterisch Preußen und Deutschlands Heil. 5) Der Vorsitzende wird mit dem Vollzuge von 3 und 4 beauftragt. II. In Betreff der kur-heßischen Frage: Die heute versammelten Mitglieder und Freunde des deutschen Nationalvereins erklären: 1) Nur durch Wiederherstellung der Verfassung von 1831 und des Wahlgesetzes von 1849 kann der Verfassungsbruch in Kurhessen gelöst werden und dem tief verletzten Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes Genüge geschehen; 2) die Versammlung zollt ihre volle Anerkennung dem Muth, der Ausdauer und der Aufopferung des kurheßischen Volkes in seinem Verfassungs-kampfe und vertraut fest, daß seiner unerschütterlichen Beharrlichkeit ein rascher Sieg nicht fehlen kann; 3) die Versammlung spricht der großherzoglich badischen Regierung den wärmsten Dank aus für die thatkräftige Vertheidigung, welche sie dem guten Rechte des kurheßi-schen Volkes in der deutschen Bundesversammlung wiederholt ge-währt hat.

**Kassel, 17. Febr.** [Ueber die Vertreibung der Steuern] in Hanau, glaubt heute die „Kass. Z.“ folgende Aufklärung geben zu müssen. „Wir halten es“, sagt das genannte Blatt, „kaum für nö-thig, nochmals daran zu erinnern, daß nach dem Gesetz vom 23ten Sept. 1848 der Steuerbeamte geradezu auf die Eröffnung der Geldbehältnisse angewiesen ist. (Ganz heftig.) Wenn sich nun die hanauer Schloßer geweigert haben, dazu beifällig zu sein, so wird Niemand dieser Weigerung eine sonderliche Bedeutung beimessen wollen, und er kann nicht auffallend gefunden werden, daß nicht eine



„Abtheilung Pioniere mit Brecheisen und Dietrichen, sondern einfach 3 Mann der hiesigen Handwerker-Compagnie zu dieser Dienstleistung bei der Exekution verwendet worden sind. So viel wir vernahmen, hat bisher eine Vertheilung nur bei ungefähr 50 Personen stattgefunden, und es sind davon nicht etwa nur solche, welche die Steuern wirklich verweigert hatten, sondern auch eine nicht geringe Anzahl solcher Personen betroffen worden, die nur als Restanten in den Listen der Renterei aufgeführt waren, indem man sich in der Reihenfolge nach dem alphabetischen Register der Restanten überhaupt gerichtet hat. Die meisten Personen haben daher entweder sogleich oder nur nach einigem Widerstreben Zahlung geleistet, andere haben die Schlüssel zu ihren Geldebehältnissen ausgeliefert, und nur bei Wenigen hat in Folge beharrlicher Weigerung die Geldkassette eröffnet (also einfacher Einbruch!) und der schuldige Betrag von dem Steuerbeamten daraus entnommen werden müssen. Da es bei einem Juwelier nicht gelang, dessen eisernen Geldschrank aufzuschließen (Schöne Zustände), wurde bei diesem und ebenso bei einem Silberarbeiter, bei welchem baare Geld nicht vorgefunden wurde, zur Pfändung von Gold- und Silberfachen geschritten. Während dieser einzelnen Fälle wirklicher Exekution war übrigens hienau weniger eine Stadt, in welcher die Steuern verweigert werden, als vielmehr, welche ihre Steuerpflicht auf Eignisse erfüllt.“ (Das nennt man Eignen!) Nach dem Erbrechen der Geldstrafen eifrige Erfüllung der Steuerpflicht.)

### Frankreich.

Paris, 16. Febr. Die Adress-Commission des gesetzgebenden Körpers hat der Regierung eine Reihe von Fragen über die auswärtige Politik und namentlich über die römische Frage gestellt, welche Licht über die trotz des gelben Buches noch immer dämmerige Lage verbreiten sollen. Unter Anderem will die Commission wissen, was der Compromiß besage, den der Kaiser dem hl. Stuhle und dem turiner Hofe vorgelegt haben würde, wenn Thouvenel's Note an Lavalette von Seiten Antonelli's eine bessere Aufnahme gefunden hätte. Die Minister Baroche, Villault und Magne wurden gestern von der Commission vernommen; der Adressentwurf wird jedoch erst gegen Ende der laufenden Woche dem Präsidenten des Hauses vorgelegt werden können. Der reactionäre wie der liberale Theil des Hauses ist übrigens jetzt darüber einig, daß die Regierung getrieben werden müsse, die Hände endlich zu rühren und so oder anders aus der heillosen Stellung zwischen zwei Stühlen herauszugelangen. Auch in dem Senate steht die römische Frage im Vordergrund, doch sind die reactionären Elemente, Dank dem Diensteifer der Präfecten, in beiden Körpern stärker als im Lande selbst vertreten, und die Regierung erntet jetzt ihrer Thaten Lohn in den Schwierigkeiten, die ihr die Majoritäten bereiten, welche rechts wollen, während die Nation links will und die Regierung mitten durchschlappen möchte.

Man erwartet ein Decret, wodurch den Wohlthätigkeits-Anstalten Erlaubniß erteilt wird, ihr Aufgeld bei der Notenumwandlung in zwanzig Terminen zahlen zu dürfen. Es wird nämlich gegenwärtig Alles aufgegeben, um die Departements-, Gemeinde-, Hospizien- und andere Rassen dahin zu bringen, daß sie der Fould'schen Maßregel ihre Unterstüßung leihen und als Lockvögel für die Privat-Renten-Inhaber dienen.

Die „Independance belge“ erzählt aus Paris, daß man annehmen zu können glaube, es sei ein geheimer Vertrag zwischen Oesterreich und den Württembergern gegen Preußen und gegen die Anhänger der deutschen Einheit überhaupt abgeschlossen worden. Auch der münchener „Moniteur“-Correspondent spöttelt über „die abstracten Ideen der politischen Vereine, die den deutschen Boden überwuchert haben, gegenüber der realen Thatsache der Einheit des wiener Hofes, der vier Mittel- und mehrerer kleinerer Staaten.“

### Großbritannien.

London, 15. Febr. [Das franz. Ansehen. — Vom Hofe.] In Betreff der rückgängig gemachten französischen Finanz-Operation auf hiesigem Plage schreibt der „Economist“: „Es war von der franz. Regierung vielleicht unklug gehandelt, ihre Agenten zu desavouiren... Wahrscheinlich hatte Herr Fould nicht geglaubt, daß seine Pläne in die Öffentlichkeit dringen würden, sonst würde er nicht ein Arrangement eingeleitet haben, dessen Abbruch nicht eben ehrenvoll war. Doch ist nur erst jener besondere Plan, von welchem so viel die Rede war, aufgegeben. Wahrscheinlich soll er in anderer Gestalt verwirklicht werden, denn bereits sind der London- und Westminster-Bank und dem Hause Rothschild analoge Anträge gemacht worden, ohne daß sie, so weit uns bekannt ist, bisher angenommen worden wären. Wenn Frankreich Geld braucht, kann es ihm nicht fehlen, es in England auf die eine oder die andere Weise zu bekommen. Durch formelle Bedenklichkeiten wird es sich nicht abhalten lassen, und ist die Noth groß, so wird es auch einen hohen Preis zahlen. Da Geld hier in Ueberflus vorhanden und jenseit des Kanals rar ist, so wird es schon seinen Weg hinüber finden, und für die nächste Zeit müssen wir uns schon darauf gefaßt machen, daß Frankreich unseren Geldmarkt in Anspruch nimmt. Welches die Wirkungen auf den hiesigen Platz sein werden, läßt sich nicht bestimmen, so lange wir den Umfang der französischen Geldbedürfnisse nicht kennen. So viel steht fest, daß dadurch Geld bei uns im Werthe steigen muß; aber die Geschäfte sind andererseits so flau, daß die Steigerung kaum eine sehr bedeutende werden wird.“

Das „Court Journal“ schreibt: „Wir glauben, daß Ihre Majestät in Kurzem nach Schloß Windsor zurückkehren wird. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß sie dann Buckingham Palace gelegentlich besuchen wird, um die Angelegenheiten des Prinz-Gemahls persönlich zu ordnen. Die geschäftige Lebensweise des Prinzen war der Grund, daß er ungeheuer viel Papiere und Correspondenzen erhielt, welche sorgfältig geprüft werden müssen. Was mit den wichtigsten derselben geschehen soll, wird die Königin selbst entscheiden. Derselbe Anlaß wird wahrscheinlich die Königin im Frühling nach Balmoral führen; denn der verstorbene Prinz war überall thätig, selbst inmitten seiner Vergnügungen, und wenn die Königin den Ort in einer anderen Jahreszeit als gewöhnlich sieht, so wird der Aufenthalt daselbst vielleicht weniger peinliche Erinnerungen erwecken, als wenn er auf den Herbst verschoben worden wäre. Es ist keineswegs gewiß, daß Prinz Alfred in nächster Zeit nach England zurückkehren wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl die Königin, wie die königliche Familie Anfangs die Anwesenheit des jungen Prinzen sehr wünschten. Da aber eine geraume Zeit verstrich, ehe er möglicherweise die Heimreise antreten konnte, so werden die neuen Instruktionen wohl noch zeitig genug ankommen, um ihn von der Reise nach England abzuhalten, und Se. königl. Hoheit wird nach wie vor seinen gewöhnlichen Berufspflichten obliegen.“

### Griechenland.

Athen, 8. Febr. [Zur Situation.] Athen ist seit der ministeriellen Crise so ruhig, daß man gar nicht begreifen kann, wie diese Stürme manchmal entstehen können. Von der Berufung eines andern Mannes aus den Vorkämpfern der Opposition ist bis jetzt keine Rede gewesen und wird auch vielleicht lange keine Rede sein. Um einen Beweis dafür zu geben, führe ich nur an, daß der Ministerpräsident Miaoulis einen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten hat und daß an

dessen Stelle der Minister des Aeußern, Kondouriotis, dem Minister-rath präsidiren, der Kriegsminister aber, Oberst Bogaris, zugleich das Marineministerium verwalten wird. Schon seit Mitte December agitiren einige hiesige Zeitungen für die Anschaffung einer Nationalflotte, und der Anstoß scheint von Paris ausgegangen zu sein. Wir leiden aber an sehr nothwendigen, dem täglichen Leben des Bürgers unentbehrlichen Dingen Mangel und müssen uns deshalb mit unserer Handelsmarine begnügen, die ansehnlich genug ist, um den Mangel einer Kriegsmarine für die Gegenwart verschmerzen zu können. Was die Regierung für die Kriegsmarine thut, ist übrigens höchst lobenswerth und wird den soliden Unterbau für die Zukunft abgeben. Der nicht Minister gewordene Kandidat des Ministeriums des Aeußern, Panajotti Souzos, hat eine Broschüre veröffentlicht, welche eine Apologie seiner Person enthält, und die Mittel angiebt, den gegenwärtigen Zuständen ein Ende zu machen. Er fordert offen zum Sturz des Bestehenden auf! Aber trotz dieser Sprache hat sich die Regierung nicht bewegen gefunden, das Pamphlet zu confisciren, weil es so albern geschrieben ist, daß es dem Wurm seiner Vernichtung schon in sich trägt. Kanaris und Consorten können sich von der Niederlage, die sie vor dem ganzen Lande erlitten haben, nicht so bald erholen, daß sie es wagen dürften, mit Ansprüchen vor das Publikum zu treten.

Breslau, 19. Februar. [Diebstahl.] Gestohlen wurden: Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 64 ein messingener Mörser; Antonienstraße Nr. 17 ein weißer Unterrock und eine rosa Kattunhülle; neue Sandstraße Nr. 10 ein messingener Mörser; alte Taschenstraße Nr. 17 ein braunes kattunenes Frauenkleid, ein brauner Kameletrock ohne Taille, ein Frauenrock von grauem Zibet, ein rosa farrierter und ein grau gebrudelter leinener Frauenrock, ein weißer Kattunrock, ein weißer Parquetunterrock und eine rosa Kattunhülle; Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 24 die beiden messingenen Thürenklappen einer Entree Thür.

Gestohlen oder verloren wurde: ein auf den Bäderegeßeln Wilhelm-Timme aus Schönebeck bei Magdeburg lautendes Wanderbuch.

Bestohlen wurden: eine schwarzseidene Mantille mit schwarzen Franzen und schwarzem Sammetbesatz; ein mit sechs Aufsteifen versehenes, auf Rosalie Gonschored aus Neßdorf lautendes, Gefinidenbüchel.

Gefunden wurden: ein Kaffeeimer und ein Schlüssel.

[Selbstmord.] In der Nacht vom 17ten zum 18ten dieses Monats erhängte sich aus unbekannten Gründen in den Bodenräumen eines Hauses auf der Neupfandstraße der siebenjährige Sohn eines hiesigen Tagelohners.

Breslau, 19. Febr. [Personal-Chronik.] Commissariats ernannt: Der Oberförster v. Spangenberg zu Beistern zum Polizei-Anwalt rückföhrlich der unter das Holzdiebstahlgesetz vom 2. Juni 1852 fallenden und innerhalb des Amtsbezirks begangenen Delikte. — Allerhöchst verliehen: Dem Baderarzt Dr. Langner zu Landeck der Charakter als Sanitätsrath. — Bestätigt: Die Wahl des Kaufmanns Gammert und des Maurermeisters Marthner zu unbesoldeten Rathmännern der Stadt Hundsberg; die Beförderung für den Lehrer Müllig zum evang. Schullehrer in Barzdorf, Kreis Striegau. — Befördert: 1) Der königl. Forst-Aufsicht Müller in Buchwerder, Forstrevier Biele, zum Förster; 2) der Forst-Aufsicht Brauner in Hochwald, Forstrevier Jochen, zum Förster.

[Erledigte Schulfelle.] Die evangelische Lehrstelle in Tröbeln, Kreis Brieg, ist vacant. Das Einkommen derselben, welche das Dominium befeh, beträgt 165 Thlr.

[Vermächtnisse.] 1) Die zu Schweidnitz verstorbene unverehelichte Karoline Louise Charlotte Küßler hat der dortigen evangelischen Dreifaltigkeitskirche 30 Thlr. letztwillig ausgelegt, von deren Zinsen die Gräber in dem Küßler'schen Erbbegräbniß im Stande gehalten werden sollen. 2) Der zu Gottesberg verlebte vormalige Eisenhüttenmeister Immanuel Gottlieb Ludwig hat der dortigen evangelischen Kirche 50 Thlr. letztwillig vermacht.

[Stiftung.] Die Rentier Sadebedich'sche Eheleute zu Reichenbach haben in einem wechselseitigen Testamente ihr unbewegliches Vermögen zum Werthe von ungefähr 13,000 Thlrn. der Stadtgemeinde Reichenbach zu einer Stiftung mit dem doppelten Zwecke vermacht, daß von den Reventen jährlich 1) 100 Thlr. zur Unterstüßung für bedürftige Bürger in Reichenbach; 2) der Ueberrest zur Erhebung der evangelischen Stadtschule zu Reichenbach zu einer höheren Bürgerschule resp. Errichtung einer neuen Klasse verwendet werden soll; durch allerhöchste Ordre vom 30. November 1861 ist die Stiftung landesherrlich genehmigt worden.

### Meteorologische Beobachtungen.

Stationen.	Barometer bei 0 Gr. M. Bar. Maß.	Luft-Temperatur. Reaumur.	Wind.	Allgemeiner Witterungs-Zustand.
18. Febr. 10 U. Abds.	28 2,01	—4,0	Windstill.	Bedeckt.
19. Febr. 6 U. Morg.	28 1,88	—0,9	D. 1.	Heiter.
16. Febr. 10 U. Abds.	28 0,28	—23,6	Windstill.	Nebel.
17. Febr. 10 U. Abds.	27 6,61	—16,0	W. 1.	Bedeckt.
18. Febr. 10 U. Abds.	27 10,78	—0,9	ED. 2.	Bedeckt.
19. Febr. 6 U. Morg.	28 1,92	—0,3	B. 1.	Bedeckt.
16. Febr. 10 U. Abds.	27 8,25	—5,7	ED. 1.	Trübe.
17. Febr. 10 U. Abds.	27 7,85	+2,7	SED. 2.	Ziemlich heiter.
18. Febr. 10 U. Abds.	27 7,27	+2,5	—	Trübe.

### Breslauer Sternwarte.

18. Febr. 10 U. Abds.	27 8,18	—1,8	ED. 1.	Trübe.
19. Febr. 6 U. Morg.	27 9,65	—2,6	ED. 1.	Trübe.

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 18. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete 70, 95, fiel bei starken Angeboten auf 70, 40, hob sich auf 70, 60 und schloß matt zur Notiz. Consois von Mittags 12 Uhr waren 93 eingetroffen. Schluss-Course: 3proz. Rente 70, 45, 4 1/2proz. Rente 100, 10. 3proz. Spanier 47 1/2. 1proz. Spanier 41. Silber-Anleihe —. Deister. Staats-Eisenbahn-Aktien 505. Credit-mobilier-Aktien 766. Lombard. Eisenbahn-Aktien 548. Oesterreich. Credit-Aktien —.

London, 18. Febr., Nachm. 3 Uhr. Silber 61 1/2 —. Consois 92 1/2. 1proz. Spanier 43 1/2. Mexitaner 34 1/2. Gardiner 80. 5proz. Russen 101. 4 1/2proz. Russen 92 1/2. — Hamburg 3 Monat 13 Mt. 7 1/2 Sch., Wien 14 Mt. 10 Kr.

Wien, 18. Febr., Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Stilles Geschäft. 5proz. Metall. 70, 75. 4 1/2proz. Metall. 62, —. Bank-Aktien 836. Nordbahn 215, 50. 1854er Loose —. National-Anleihe 84, 70. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 279, —. Creditaktien 200, —. London 138, 10. Hamburg 103, —. Paris 54 80. Gold —. Silber —. Gläubetabn 156, —. Lomb. Eisenbahn 275, —. Neue Loose 126, 75. 1860er Loose 91, 25.

Frankfurt a. M., 18. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Deister. Effecten bei geringen Umsätzen billiger abgegeben. Schluss-Course: Ludwigsbafen-Verba 130 1/2. Wiener Wechsel 85 1/2. Darmstädter Bank-Aktien 202. Darmstädter Zettelbank 248. 5proz. Metall. 50. 4 1/2proz. Metall. 43 1/2. 1854er Loose 63 1/2. Oesterreich. National-Anleihe 59 1/2. Deister. Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 237. Deister. Bank-Antheile 712. Deister. Credit-Aktien 170 1/2. Neueste Oest. Anleihe 65 1/2. Deister. Gläubetabn 110 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 25 1/2. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 116 1/2.

Hamburg, 18. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Stilles Geschäft. Schluss-Course: National-Anleihe 60 1/2. Deister. Credit-Aktien 72 1/2. Vereinsbank 101 1/2. Norddeutsche Bank 94 1/2. Rheinische 92 1/2. Nordbahn 59 1/2. Disconto 2 1/2. Wien 105, 37. Petersburg 29.

Hamburg, 18. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco stille, ab auswärts unverändert, geschäftslos. Roggen loco und ab Distee unverändert. Del pr. Mai 27 1/2, pr. Oct. 26 1/2. Raffee unverändert.

Liverpool, 18. Februar. [Baumwolle.] 8,000 Ballen Umjag. — Preise sehr fest.

Berlin, 18. Febr. Die Börse war bis gegen den Schluss hin recht angenehm; für alle gangbaren Speculationspapiere zeigte sich Frage, höhere Course wurden ohne Schwierigkeit bewilligt. Eisenbahn-Aktien, auch die schwereren unter diesen, waren selbst bei mäßigen Courseerhöhungen meist nicht zu erlangen, für einen großen Theil derselben stellten sich die geleisteten Course als Geldnotirungen hin. Das Geschäft war in diesen zwar meist nicht umfänglich, um so belebter dagegen in einzelnen anderen, namentlich Prieg-Nachrichten, die auf das von Breslau telegraphirte Gerücht hin, daß die Dividende 3% und selbst darüber betragen werde, eine Courseerhöhung von

7% erfuhr. Jedenfalls war die Börse in allen Effectengattungen, wenn nicht gleichmäßig belebt und thätig, doch fest; selbst österreichische Effecten behaupteten sich auf etwas gedrücktem Coursestande meist recht fest; nur der Schluss war allgemein matter. Der Geldmarkt ist unverändert flüssig. (B. u. H. 3.)

### Berliner Börse vom 18. Februar 1862.

Fonds- und Geldcourse.		Div. Z.	
Freiw. Staats-Anleihe 4 1/2 102 1/2 bz.		1860 F.	
Staats-Anl. von 1850		1860 F.	
82, 54, 55, 56, 57		102 1/2 bz.	
dito 1853		100 1/2 G.	
dito 1859		105 1/2 bz.	
Staats-Schuld-Sch.		3 1/2 80 1/2 bz.	
Präm.-Anl. von 1855		3 1/2 122 G.	
Berliner Stadt-Obl.		4 1/2 102 G.	
Kur.-u. Neumark.		3 1/2 92 1/2 bz.	
dito dito		4 101 G.	
Pommersche		3 1/2 91 1/2 G.	
dito neue		4 100 1/2 bz.	
Pommersche		4 103 1/2 G.	
dito neue		3 1/2 88 G.	
Schlesische		4 87 1/2 bz.	
Kur.-u. Neumark.		3 1/2 93 1/2 bz.	
Pommersche		4 93 1/2 G.	
Pommersche		4 88 1/2 bz.	
Pommersche		4 89 1/2 bz.	
Westf. u. Rhein.		4 88 1/2 bz.	
Sächsische		4 100 bz.	
Schlesische		4 91 1/2 G.	
Luisdord		109 1/2 bz.	
Goldkronen		9. 6 1/2 G.	

Ausländische Fonds.		Div. Z.	
Oesterr. Metall.		5 51 G.	
dito 54er Pr.-Anl.		4 62 G.	
dito note 100-L.		61 G.	
dito Nat.-Anleihe		5 61 1/2 a % bz.	
dito Bankn.-Wbr.		73 1/2 bz.	
Russ.-engl. Anleihe		5 93 1/2 bz.	
dito 5. Anleihe		5 85 1/2 a % bz.	
dito poln. Sch.-Obl.		4 80 1/2 bz.	
Poln. Pfandbriefe		4 84 1/2 bz.	
dito III. Em.		4 82 1/2 bz.	
Poln. Obl. à 500 Fl.		4 82 1/2 etw. bz.	
dito à 300 Fl.		5 5 B.	
dito à 200 Fl.		23 1/2 G.	
Poln. Banknoten		54 1/2 bz.	
Kursch. à 40 Thlr.		57 B.	
Baden 35 Fl.		32 bz.	

Aktion-Course.		Div. Z.	
Anch.-Düsseld.		3 1/2 85 1/2 G.	
Aach.-Mastricht.		4 24 bz.	
Amst.-Rotterdam		5 10 bz u. G.	
Berg.-Märkische		4 108 bz.	
Berlin-Anhalter.		4 88 1/2 bz.	
Berlin-Hamburg.		6 117 1/2 G.	
Berl.-Potd.-Mgd.		5 158 1/2 bz.	
Berlin-Stettiner.		6 126 1/2 G.	
Breslau-Freiburg.		5 120 1/2 bz.	
Cöln-Mindener.		10 167 1/2 bz u. G.	
Franz.-St.-Eisenb.		7 134 1/2 a 123 1/2 a % bz	
Ludw.-Bexbach.		9 130 1/2 G.	
Magd.-Halberst.		18 26 1/2 G.	
Magd.-Wittenbr.		2 43 1/2 bz.	
Mainz-Ludw. A.		5 117 1/2 a 1/2 bz.	
Mecklenburger.		2 54 1/2 a 1/2 bz.	
Münster-Hamm.		4 98 1/2 bz.	
Niederrhein.		2 53 a 63 a 62 1/2 bz.	
Niederschles.		4 98 1/2 bz.	
N.-Schl.-Zweig.		4 51 1/2 a 54 bz.	
Nordb. (Fr.-W.)		2 51 1/2 a 1/2 bz.	
dito Prior.		4 102 1/2 G.	
Oberschles. A.		7 133 1/2 bz.	

Berlin, 18. Febr. Weizen loco 65—81 Thlr., weißer schlesischer 79 Thlr. frei Mühle, ordin. bunter poln. 80—81 1/2 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco 80—81 1/2 Thlr. 52 1/2 — 1/2 Thlr. ab Bahn bez., ordin. 51 1/2 Thlr. ab Bahn bez., schwimm. eine verteilte Ladung 81—82 1/2 Thlr. ab Bahn bez., Febr. 51 1/2 — 1/2 Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Febr.-März 50 1/2 — 50 1/2 Thlr. bez., Frühjahr 50—49 1/2 — 50 Thlr. bez. und Br., 49 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 50—49 1/2 — 50 Thlr. bez. und Gld., 50 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 50—50 1/2 Thlr. bez. und Br., 50 1/2 Thlr. Gld. — Gerste, große und kleine, 36—39 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—25 Thlr., gelber sächsischer 24 1/2 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Febr. 22 1/2 Thlr. bez., Febr.-März 23 Thlr. Br., Frühjahr 23—22 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni 24 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 46—57 Thlr. — Rübsöl loco 12 1/2 Thlr., Febr., Febr.-März und März-April 12 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 12 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Gld., 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 12 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 13 Thlr. Br., 12 1/2 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 12 1/2 Thlr. Br. — Leinöl, loco 12 1/2 Thlr., Lieferung 12 1/2 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 17 1/2 — 1/2 Thlr. bez., dito mit Faß 17 Thlr. bez., Febr. und Febr.-März 17 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Br., 17 1/2 Thlr. Gld., März-April 17 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Br. und Gld., April-Mai 17 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 17 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Br., 17 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 17 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Br., 17 1/2 Thlr. Gld., Juli-Aug. 18 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Aug.-Septbr. 18 1/2 Thlr.

Weizen still. Roggen mäßiger Handel, Preise eher zu Gunsten der Käufer. Termine, anfangs zu nachgebenden Preisen verkauft, fanden alsdann im Verlaufe mehr Beachtung und schließen gegen gestern unverändert. — Getändigt 2000 Ctr. Hafer zu weichen Courten lebhafter gehandelt.

Stettin, 18. Febr. Weizen loco unverändert, Termine etwas fester, loco pr. 85 Pfd. gelber 85 Pfd. 80 Thlr. bez., feiner weißer schlesischer 82—82 1/2 Thlr. bez., galizischer 72—75 Thlr. bez., bunter polnischer 76—78 Thlr. bez., 83—85 Pfd. gelber pr. Frühjahr 80 1/2 Thlr. bez. und Gld., Mai-Juni 81 Thlr. bez., Juni-Juli 82 Thlr. bez. und Gld. — Roggen matt, loco Annahmungen 48 1/2 Thlr. bez., 77 Pfd. pr. Febr. 48 1/2 Thlr. bez., Frühjahr 48 1/2 — 1/2 Thlr. bez., 48 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 48 1/2 Thlr. bez. und Br., Juni-Juli und Juli-August dito, Sept.-Okt. pr. 2000 Pfd. 48 Thlr. Gld. — Gerste ohne Handel. — Hafer 47—50 Pfd. pr. Frühjahr 26 1/2 Thlr. bez. — Rübsöl stille, loco 12 1/2 Thlr. Br., April-Mai 12 1/2 Thlr. Br., 12 1/2 Thlr. Gld., Septbr.-Okt. 12 1/2 Thlr. Br. — Spiritus still, loco ohne Faß 16 1/2 Thlr. bez., Febr.-März 16 1/2 Thlr. Br., März 17 1/2 Thlr. Br., Frühjahr 17 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 17 1/2 Thlr. Br., 17 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Juni-Juli 17 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. bez., Juli-Aug. 18 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. bez. — Leinöl, loco incl. Faß 13 Thlr. Br. — Leinamen, rigaer 12 1/2 — 1/2 — 1/2 Thlr. bez. — Pfeffer, Sins capore 13 1/2 Thlr. bez.

Heutiger Landmarkt: Weizen 68—80 Thlr., Roggen 47—51 Thlr., Gerste 34—37 Thlr., Hafer 24—27 Thlr., Erbsen 46—53 Thlr.

# Breslau, 19. Febr. Wind: Ost. Wetter: schön. Thermometer früh 3° Kälte. Bei gedrückten Preisen fand Getreide etwas mehr Beachtung, die Angebote blieben reichlich.

Weizen fand nur bei billigen Forderungen Käufer; pr. 85 Pfd. weißer 75—89 Sgr., gelber 75—88 Sgr. — Roggen etwas fester; pr. 84 Pfd. 55—58 Sgr., feinsten 59—60 Sgr. — Gerste flau; pr. 70 Pfd. weiße 39—40 Sgr., helle 36—38 Sgr., gelbe 35—36 Sgr. — Hafer unverändert; pr. 50 Pfd. schlesischer 23—27 Sgr. — Erbsen ohne Kauflust. — Widener. — Bohnen ohne Offerten. — Delsaaten nicht angeboten. — Schlaglein fester.

Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.	
Weißer Weizen	75—83—89	Widen	43—46—49
Gelber Weizen	75—82—88	Polnen	58—64—70
Hoggen	54—58—61	Sgr. pr. Sad à 150 Pfd. Brutto.	
Berke	35—38—40	Schlagleinfaat.	155—170—190
Safer	22—24—27	Winterraps	200—215—230
Erbsen	45—55—62	Sommerrüben.	160—170—186
Kleefaat tilles Gefchäft, rotte	7—9—11—12—13	Thlr., weiße 13	
ja 15—19—21—23 Thlr.			